



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Strukturen des Pflegekinderwesens verbessern - Alleinerziehende stärker unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den kommunalen Spitzenverbänden Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, gleichwertige Rahmenbedingungen für Pflegeeltern (Zusatzbeträge, Erziehungsbeträge, Beihilfen, Kosten für Weiterbildungen und Ferienfreizeiten) in Sachsen-Anhalt zu schaffen, und damit den Beschluss des Landtages Drs. 7/430 vom 30. September 2016 umzusetzen. Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration soll im III. Quartal 2019 Bericht erstattet werden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Haushaltsaufstellung dafür Sorge zu tragen, den Landesverband für Pflege- und Adoptiveltern im Land Sachsen-Anhalt e. V. zukünftig institutionell zu fördern.
3. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Pflegekinderwesen in Sachsen-Anhalt“ (Drs. 7/3941 vom 14. Februar 2019) zeigt, dass über 50 Prozent der Pflegekinder aus alleinerziehenden Herkunftsfamilien stammen. Der Landtag spricht sich deshalb dafür aus, in einem ersten Schritt Hilfen und Unterstützung für Alleinerziehende in Sachsen-Anhalt auszubauen und fordert die Landesregierung auf, einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration soll im III. Quartal 2019 Bericht erstattet werden.

Begründung

Bei der Ausgestaltung der Zusatzbeträge, Erziehungsbeträge, Beihilfen, Kosten für Weiterbildungen und Ferienfreizeiten für Pflegefamilien zeigt sich eine enorme Spannweite in Sachsen-Anhalt, da die Landkreise und kreisfreien Städte diese Kosten in sehr unterschiedlicher Höhe bezuschussen. Hier sollte die Landesregierung

(Ausgegeben am 27.03.2019)

angehalten werden, den Beschluss des Landtages Drs. 7/430 vom 30. September 2016 umzusetzen.

Der Landesverband für Pflege- und Adoptiveltern im Land Sachsen-Anhalt e. V. hat sich jüngst mit einem Schreiben an die Landespolitik gewandt, mit dem er eine institutionelle Förderung durch das Land vorschlägt. Notwendig sei diese durch die geplante Gründung einer Landesgeschäftsstelle. Die antragstellende Fraktion hält die beantragte institutionelle Förderung in der Sache für angemessen.

Insbesondere alleinerziehende Haushalte sind in vielerlei Hinsicht besonderen Risiken und Herausforderungen ausgesetzt, die besondere Hilfen notwendig machen. Das Modellprojekt „Ergänzende Kinderbetreuung“ des VAMV e. V hat gezeigt, welche positiven familienentlastenden und unterstützenden Effekte damit insbesondere für Alleinerziehende verbunden sein können. Diese und ähnliche Angebote sollten auch für Sachsen-Anhalt entwickelt werden können.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender